Gemeindeverwaltung
Rübenach

Rübenach, den 3. Sept. 1968

Aus der Presse mußten wir erfahren, daß die Stadt Koblenz den Wunsch oder die Absicht hegt, die Gemeinde Rübenach der Stadt einzugliedern und ein "Gutachten zur Eingemeindungsfrage" nach Mainz geschickt hat.

In mehreren Sitzungen haben sich die Fraktionen gemeinsam mit diesem Fragenkomplex befaßt und geben zur Eingemeindungsabsicht der Stadt Koblenz folgende Stellungnahme ab:

Wir sind der Meinung, daß eine Eingemeindung von Rübenach sowie 10 anderer Gemeinden des Landkreises in die Stadt Koblenz keine Lösung des Stadtumlandproblems darstellt.
Vielmehr werden diese Gemeinden mit in die unbewältigten Probleme der Stadt Koblenz einbezogen und als Stadtrandgebiete das (kümmerliche) Dasein ehemals eingegliederter Gemeinden fristen müssen.

Das ist nach unserer Ansicht kein Fortschritt sondern Rückfall in längst vergessene Verhältnisse.

Einem "Gutachten zur Eingemeindungsfrage" und der Absicht gut funktionierende Gemeinden der Stadt einzuverleiben, sollte ein "Gutachten zur Lösung der städtischen Probleme" auf dem jetzigen Stadtgebiet und vor allen Dingen eine Bewältigung dieser Probleme vorangehen.

Die Tatsache der rückläufigen Einwohnerentwicklung in Koblenz - Gründe, die eine Abwanderung der Bürger aus der Stadt verursachen, sollte man ebenfalls eingehend untersuchen - bestärken uns in unserer Auffassung, sich den Eingemeindungsbestrebungen im Interesse unserer Bürger mit allen gesetzlichen Mitteln zu widersetzen.

Eine Eingemeindung von Rübenach in die Stadt Koblenz bringt keine Vereinfachung der Verwaltung mit sich. Unsere bürgernahe Verwaltung verkehrte sich genau ins Gegenteil.

Rübenach ist eine eigenständige Landgemeinde und hat gute Gründe, zum Wohl der Bürger, seine Selbstverwaltung zu behaupten und zu verteidigen.

Was in den letzten Jahren in unserer Gemeinde geleistet wurde, wäre sicher nicht unter einer Stadtverwaltung Koblenz für eine Randzone des Stadtgebietes aufgeboten worden.

Wir kennen die Verhältnisse in Rübenach, haben Kontakt zum Bürger und sind fähig, die kommunalen Angelegenheiten aus eigener Kraft zu meistern.

Mit Recht bezweifeln wir, nach einer Eingemeindung eine Berücksichtigung unserer örtlichen Belange erwarten zu können.

Als Beispiel seien nur die mit der Stadt Koblenz geführten Verhandlungen wegen einer Abwasserbeseitigung unserer Gemeinde aufgezeigt.
Den Bürgern in Rübenach dagegen wurden Einrichtungen geschaffen, die ihnen das Gefühl geben, daß alles zu ihrem Wohl getan wird.

Nach unserer Auffassung ist die Ausweitung des Stadtgebietes durch Eingemeindung keine Lösung des Stadtumlandproblems. Die bestehenden Wechselbeziehungen, die gemeinsame Maßnahmen erfordern, können unter gleichberechtigten Partnern auch auf andere Weise als durch Eingemeindung gelöst werden.

Die neue Gemeindeordnung bietet hierzu die entsprechenden Möglichkeiten.

Außerdem bestehen Gremien (Planungsverband usw.) die Lösungsmöglichkeiten für überörtliche Probleme ausgearbeitet haben und ausarbeiten, so daß von hier aus eine geregelte Raumordnung mit ihren vielfachen Verflechtungen zu erwarten ist.

Wir sind gern bereit, weitere Stellungnahmen abzugeben, wenn wir über Einzelheiten, die die "Eingemeindungswünsche" der Stadt Koblenz behandeln, durch die Presse informiert werden.